

Die Jahrhundertrevolution in der Bildung und die Mühen der Ebene.

Kurz nach Schulanfang kommt auch die Bildungsdebatte wieder in Schwung. Die Reaktionen auf den vor kurzem erschienenen OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ lassen erkennen, wie kontrovers die Debatte nach wie vor geführt wird.

Die Kinderfreunde versuchen in Zukunft verstärkt der Frage nachzugehen, was bei der Schulreform eigentlich bei den Kindern ankommt. Bildungsministerin **Claudia**

Schmied kämpft nun schon seit Jahren für eine umfassende Schulreform, an deren Spitze die flächendeckende Einführung der „Neuen Mittelschule“, die Reform des LehrerInnen-

dienstrechts und der LehrerInnen-Ausbildung sowie die „Bildungsstandards“ stehen. Näheres erläutert die Ministerin im Interview. Einer der rührigsten Aktivisten

in der Bildungsdebatte ist der ehemalige SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister **Hannes Androsch**. Er hat bekanntlich 2011 ein Bildungsvolksbegehren dazu initiiert. Die darin

erhobenen Forderungen wurden mittlerweile im Parlament diskutiert. Wir haben Hannes Androsch um ein Resümee dazu gebeten. 



Was ist aus deiner Sicht „fortschrittliche Pädagogik“, die allen Kindern zu Gute kommen müsste?

Hannes Androsch: Die Antwort ergibt sich in erster Linie aus dem Ziel der Schulbildung. In allen modernen Bildungsländern soll Bildung auf die Zukunft vorbereiten und jedem Menschen ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben ermöglichen. Also dürfen Kinder nicht vom Katheder aus belehrt werden, sondern müssen lernen, ihre Probleme und die Probleme der Gesellschaft zu erkennen und gemeinsam mit anderen Lösungen zu finden. Dafür ist nötig, dass Kinder die ganze Schulzeit über neugierig, kreativ und eigenständig bleiben. Was voraussetzt, dass ihnen die Lehrer und Lehrerinnen auch Freiräume gewähren, Kreativität fördern, vor allem aber auch Weltoffenheit vermitteln. Unsere Kinder verdienen die allerbeste Bildung. Diese brauchen sie für ihre erfolgreiche Lebensgestaltung, denn nur so können unsere Leistungsfähigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit und ein hohes Beschäftigungsniveau gesichert werden. Dazu muss unser Bildungssystem soziale Durchlässigkeit ermöglichen. Kein Kind darf zurückgelassen werden, kein Talent darf verloren gehen. Dazu bedarf es über den ganzen Bildungsbogen, also vom Kindergarten bis zu den Universitäten und der Erwachsenenbildung in unserem Lande mehr als nur eine Bildungsrevolution.

Wie siehst du den Erfolg des von dir initiierten Bildungsvolksbegehrens, was hat es bewirkt, wie wirkt es weiter?

Androsch: Im Vergleich mit vorangegangenen und danach initiierten Volksbegehren war das auf breiter Basis aufgestellte Bildungsvolksbegehren sowohl

zahlenmäßig wie wirkungsmäßig durchaus ein erfreulicher Erfolg. Natürlich hätten sich die Initiatoren angesichts der Bedeutung des Themas noch mehr als die fast 400.000 geleisteten Unterschriften gewünscht.

Die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens fanden im eigens eingerichteten „Besonderen Ausschuss“ im Parlament eine höchst professionelle und konsensuale Behandlung. Es kristallisierte sich zu unserer eigenen freudigen Überraschung eine große Übereinstimmung bei den Vertretern aller Fraktionen heraus. Dem gegenüber war die Endbehandlung im Plenum allerdings enttäuschend. Es wurden nur zahnlose Anträge gestellt, es wurde über keine einzige definitive Entscheidung abgestimmt. Als Begründung dafür gab der Bildungssprecher der ÖVP, Werner Amon, an, „dass auf die gegebenen Machtstrukturen Bedacht genommen werden muss.“ Damit war offenbar die Reformfeindlichkeit und bornierte Blockadepolitik einiger weniger Landeshauptleute und führender Funktionäre der Lehrgewerkschaften gemeint, denen es nicht um die Verbesserung des Bildungssystems und die Erhöhung des Bildungsniveaus in unserem Land, sondern einzig und allein um personalpolitische Machtpolitik und die Verteidigung ihrer Privilegien geht.

Allerdings beginnen diese Widerstände zu bröckeln. Das zeigen die Äußerungen des Tiroler Landeshauptmanns Günther Platter, der ja das Schulsystem in Südtirol sehr gut kennt, wo viele der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens schon seit langem Realität sind oder die Ergebnisse der von Vizekanzler Spindelegger für Bildung eingesetzten „Hengstschläger-Kommission“.

Was nun zu stolpern beginnt, muss man stoßen, damit es fällt und einen Dominoeffekt be-

wirkt, damit endlich der Weg für die überfällige Reform unseres Bildungssystems frei und das Bildungsniveau auf breiter Basis auf internationales Niveau gehoben wird. Damit dürfen wir nicht bis nach den nächsten Nationalratswahlen zuwarten, denn damit würden wieder zwei wertvolle Jahre verloren gehen. Es ist bei uns, wie alle vergleichbaren Studien und Statistiken zeigen, ohnehin schon viel zu viel Zeit vergeudet worden.

„dass auf die gegebenen Machtstrukturen Bedacht genommen werden muss.“ Damit war offenbar die Reformfeindlichkeit und bornierte Blockadepolitik einiger weniger Landeshauptleute und führender Funktionäre der Lehrgewerkschaften gemeint.

Wir werden uns weiterhin für die Umsetzung der Forderungen des Volksbegehrens einsetzen und entsprechenden öffentlichen Druck aufbauen, wozu uns die Mitglieder des „Besonderen Aus-

Österreich war, wie übrigens auch Deutschland, Jahrhunderte hindurch ständisch aufgebaut. Die einfachen Leute gingen in die Volksschule und in die Sonntagsschule – eine Art Berufsschule – für das „gehobene Bürgertum“ waren seit 1553 (!) die Gymnasien vorbehalten. Das wirkt heute noch nach.

schusses“ mehrfach ermuntert haben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil von der Qualität unseres Bildungssystems die Zukunft unseres Landes und seiner Jugend abhängt. Vergessen wir nicht, dass die sozialdemokratische Bewegung nicht zuletzt als Bildungsbeziehung entstanden ist. Jetzt gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, um in Österreich über alle Parteigrenzen hinweg einen nationalen Schulterschluss für die Bildungsreform zustande zu brin-

gen, damit wir nicht noch weiter zurückfallen, sondern wieder zu den Spitzenländern aufschließen können.

Der bevorstehende Parteitag der SPÖ wird eine gute Gelegenheit sein, die Forderungen nach der überfälligen Modernisierung unseres Bildungssystems und damit die Sicherung der Zukunft unserer Kinder zu thematisieren. Weil: Ohne Bildung keine Zukunft!

Viele Eltern halten noch immer das Gymnasium im Vergleich zur Neuen Mittelschule für die bessere Schulform in der Sekundarstufe. Woran liegt das deiner Meinung nach?

Androsch: Österreich war, wie übrigens auch Deutschland, Jahrhunderte hindurch ständisch aufgebaut. Die einfachen Leute gingen in die Volksschule und in die Sonntagsschule – eine Art Berufsschule – für das „gehobene Bürgertum“ waren seit 1553 (!) die Gymnasien vorbehalten. Das wirkt heute noch nach. Nur in Deutschland und in Österreich mit seinen ehemaligen Kronländern Ungarn, Tschechien und der Slowakei trennt man noch immer die Kinder mit zehn Jahren: Die einen besuchen eine Hauptschule bzw. Neue Mittelschule, die „besseren“ Kinder ein Gymnasium. Das gibt es sonst in keinem europäischen Land mehr. Die weitaus meisten Staaten Europas trennen Schüler und Schülerinnen erst mit 15 oder 16 Jahren. Da sehr viele Leute glauben, dass die Neue Mittelschule nur eine Hauptschule mit neuem Namen sei, bleiben die alten Vorbehalte bestehen. Daher gehört Österreich ja auch zu den Ländern mit der höchsten sozialen Diskriminierung bei der höheren Bildung: Die Chance, Akademiker zu werden ist für Kinder von Akademikern 16 Mal (!) größer als für Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss

haben. Im Übrigen, überall dort, wo es nur Obermittelschulen gibt, sind die Hauptschulen oder Neue Mittelschulen ohnehin gemeinsame Schulen.

Unser Bildungssystem, vor allem unsere Universitäten dokumentieren vielfach ein schreiendes Unrecht in Hinblick auf die mangelnde soziale Durchlässigkeit. Wenn man in Deutschland von der Notwendigkeit einer Bildungsrevolution spricht, obwohl sich dort im Vergleich zu Österreich in den letzten zehn Jahren die Situation deutlich gebessert hat, dann braucht es in Österreich mindestens zwei Bildungsrevolutionen und bei den Universitäten eine Vielzahl davon, zudem muss deren chronische Unterfinanzierung dringend beseitigt werden.

Viele Kinder haben nicht die notwendige Unterstützung, z. B. der Eltern, in der Bildung. Der OECD-Bericht „Education at a glance“ (Bildung auf einen Blick) rät zu gezielter Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Welche Anstrengungen müssten hier unternommen werden?

Androsch: Österreich gehört zu jenen Ländern, die sich am wenigsten um ihre bildungsfernen Schichten kümmern. Bei uns können nahezu 30% der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen und daher stehen jährlich 79.000 16 bis 24-Jährige entweder ganz ohne einen Schulabschluss, oder nur mit einem Pflichtschulabschluss da. Bei Kindern der ersten und zweiten Generation mit Migrationshintergrund ist es noch schlimmer: Sie hinken bei den PISA-Tests durchschnittlich noch ein volles Jahr hinter dem ohnedies niedrigerem Niveau der österreichischen Schüler und Schülerinnen nach. Helfen kann man beiden Gruppen mit folgenden Reformschritten: Der Einführung einer bundeseinheitlichen Frühförderung ab dem ersten Lebensjahr mit möglichst baldiger Feststellung und Förderung aller Talente und Begabungen jedes einzelnen Kindes; echte, verschränkte Ganztagschulen als

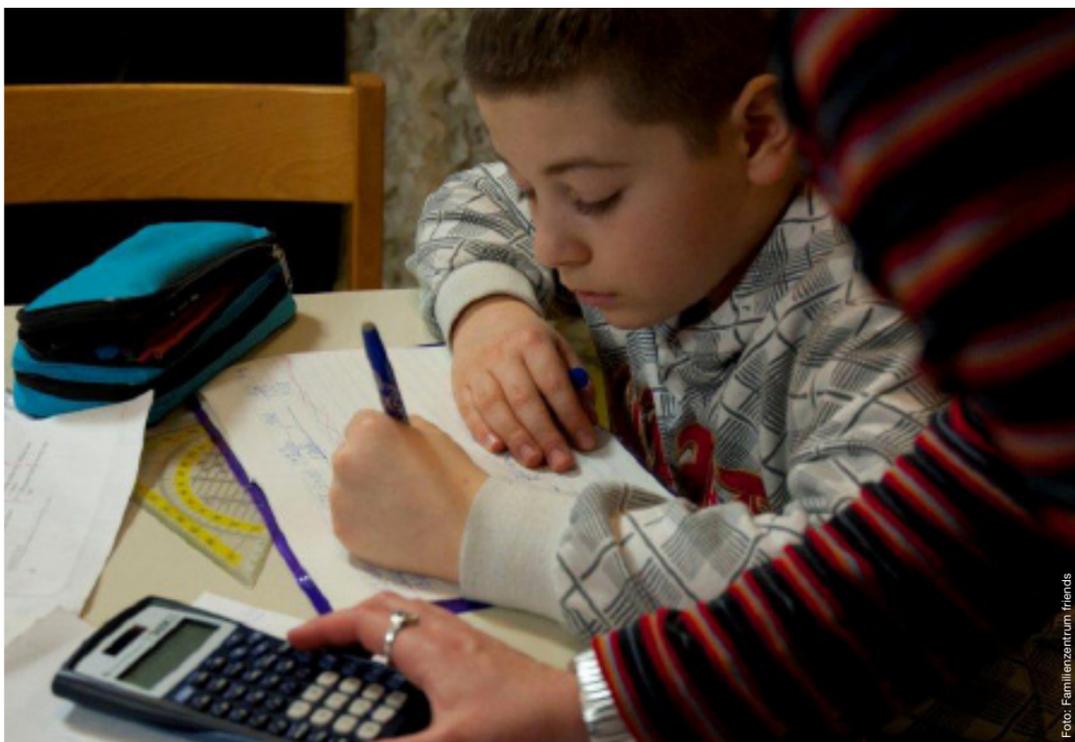


Foto: Familienzentrum friends

Regelschulen, möglichst langes gemeinsames Lernen in der Pflichtschule und eine großzügige Schulautonomie, die den Lehrern und Direktoren weitgehende pädagogische, organisatorische und finanzielle Freiheiten einräumt. In der Folge müssen auch mehr Einrichtungen für Ganztagskindergärten und Ganztagschulen – das ist pädagogisch viel mehr als Ganztagesbetreuung – geschaffen werden. Dringend umzusetzen ist eine einheitliche Bundeskompetenz im Schulwesen sowie die Zurückdrängung des Parteinflusses.

Wir hatten 1970 rund 68.000 Lehrerinnen und Lehrer und über 1,3 Millionen Schüler, derzeit sind es fast 125.000 Lehrerinnen und Lehrer, aber mit rund 1,1 Millionen deutlich weniger Schülerinnen und Schüler. Dennoch herrscht in vielen Bereichen Lehrermangel und ein noch größerer Mangel an Unterstützungslehrerinnen und Unterstützungslehrern und, wo notwendig, an Psychologinnen und Psychologen. Unser Bildungssystem ist derart überbürokratisiert, sodass nur jeder zweite Euro im Unterricht ankommt. Wir brauchen für alle Unterrichtenden eine adäquate akademische Ausbildung, entsprechende Anfangsbezüge, ein Dienstrecht, das ein vernünftiges Personalmanagement erlaubt, die beste fachliche und vor allem auch pädagogische Ausbildung für alle Unterrichtenden, eine angemessene Infrastruktur in Schulzentren mit entsprechenden Arbeitsplätzen für die Lehrerinnen und Lehrer sowie ein international vergleichbares Schulbussystem.

Eine Schulreform ist auch in der Hinsicht ein wichtiges soziales Anliegen, damit berufstätige Mütter vermehrt Ganztagesstellen annehmen können, womit nicht nur eine höhere Bezahlung, sondern auch bessere Karrierechancen verbunden sind. ☐



Foto: Repullak

Was ist aus deiner Sicht „fortschrittliche Pädagogik“, die allen Kindern zu Gute kommen müsste?

BM Schmied: Mir geht es um eine Schule, die für die Schülerinnen und Schüler da ist. Jedes Kind soll sich entlang seiner eigenen Neigungen und ganz individuellen Begabungen entwickeln können. Schule soll Stärken stärken. Eine moderne Pädagogik muss jedes Kind dort abholen, wo es steht. Ihm zur Seite – statt als strafende Instanz dem Kind gegenüber – stehen LehrerInnen, die sich als Lerncoaches begreifen. Ihre Aufgabe ist es, eine optimale Entwicklung jedes Individuums zu ermöglichen. Frei nach Saint Exupery steckt in jedem von uns ein kleiner Mozart. Ich sage dazu: Der Mozart in uns darf nicht – wie beim Dichter – ermordet werden. Und es muss die Weltklasseleistung nicht immer die Musik sein. Jede und Jeder ist auf einem ganz individuell zu entdeckenden Gebiet hoch begabt. Um mit diesen Fähigkeiten, die entwickelt und durch harte Arbeit zum Erfolg gebracht werden müssen, Spitzenleistungen zu erreichen, braucht es in der Schule gezielte Förderung und harte Arbeit. Schaffen wir in der Schule eine Kultur des Gelingens und des wertschätzenden Umgangs aller SchulpartnerInnen miteinander, erreichen wir das Ziel. Dann werden manche selbst ernannte ExpertenInnen statt über die Schule

darüber jammern, dass ihre spekulativen Bücher mit marktgängigen Titeln zu Ladenhütern werden.

In welcher Form profitieren die VolksschülerInnen von der geplanten Einführung der Bildungsstandards?

BM Schmied: Heuer werden im Dezember erstmals die Bildungsstandards für rund 83.000 SchülerInnen der 8. Schulstufe des Schuljahrs 2011/12 in Mathematik präsentiert. Im nächsten Frühjahr werden alle Schü-

Ich finde, dass es nicht genug gewürdigt werden kann, dass beim ersten Abschlussjahrgang der Anteil der AHS-reifen SchülerInnen gleich um rund zehn Prozent hinaufgeklüppelt ist.

Statt Frontalunterricht gibt es nun eine völlig neue Lehr- und Lernkultur, die individuell auf jedes Kind eingeht, jedes Kind fördert und zu einer optimalen Lernleistung hinführt. Das ist bildungspolitisch eine Jahrhundert-Revolution.

lerInnen der 4. Volksschule in Mathematik getestet, in der 8. Schulstufe ist Englisch dran. Wir stellen damit erstmals die Qualität des Bildungssystems auf den Prüfstand. Die einzelnen SchülerInnen erhalten eine individuelle Rückmeldung, in die nur sie und ihre Eltern Einsicht nehmen

dürfen. Sie wissen damit, wo sie beim Test gestanden sind. Für das System Schule wichtig sind die Klassen- und Schulberichte an LehrerInnen, Eltern und Direktionen am Schulstandort, sowie Berichte an die Schulaufsicht und der Gesamtbericht an das Bildungsministerium und wertschätzende Rückmeldegespräche.

Dadurch ist es möglich, Stärke-Schwäche-Profile des Unterrichts bundesweit, länderweise und am Standort zu erstellen und dann gemeinsam mit MentorInnen und Lehrenden der Pädagogischen Hochschulen, die an die Schulen kommen, die Qualität des Unterrichts gezielt zu verbessern.

Ganztagschulplätze werden immer mehr, das ist erfreulich. Die Neue Mittelschule wird Regelschule und bis 2015 flächendeckend ausgebaut, aber nur wenige AHS Unterstufen machen dabei mit. Woran liegt das und wie kann man mehrere AHS dazu gewinnen?

BM Schmied: Zunächst einmal halte ich fest, dass einige AHS-Unterstufen mitmachen und wir jetzt in Tirol auf Initiative von Landeshauptmann Platter das Angebot ausbauen. Zufrieden bin ich damit aber noch lange nicht. Warten wir ab, wie die Gespräche mit dem Land Tirol und anderen interessierten Regionen zur Einführung der Gesamtschule laufen. Vielleicht gibt es da ja bald Überraschungen. Grundsätzlich müssen wir die Vorteile der Individualisierung, der neuen Lehr- und Lernkultur und des Team Teachings, wo zwei LehrerInnen gemeinsam in Deutsch, Mathematik und Englisch unterrichten, klar vermitteln. Da gibt es aus

Teilen der AHS-Lehrergewerkschaft harten Widerstand und medialen Gegenwind. Ich bin vom Projekt der Neuen Mittelschule, das die Vorstufe zur Ganztägigen Gemeinsamen Schule ist, überzeugt. Da setze ich auf die Macht des Erfolgs: Je zufriedener die Eltern der NMS-

SchülerInnen sind und je besser die Leistungen der SchülerInnen sind, desto eher werden wir unser gemeinsames Ziel erreichen. Alle Umfragen unter den Eltern und die sensationellen Leistungen der SchülerInnen stimmen mich sehr optimistisch. Ich finde, dass es nicht genug gewürdigt werden kann, dass beim ersten Abschlussjahrgang der Anteil der AHS-reifen SchülerInnen gleich um rund zehn Prozent hinaufgeklüppelt ist. Auf unsere NMS-AbsolventInnen können wir stolz sein. Sie sind eine unbezahlbare Werbung für die NMS.

Viele Eltern halten noch immer das Gymnasium für die bessere Schulform in der Sekundarstufe. Was sind die wichtigsten Vorteile der Neuen Mittelschule?

BM Schmied: Wie schon erwähnt liegen die Vorteile in der Individualisierung, bei der jedes Kind gezielt gefördert und gefördert wird, beim Team Tea-

ching, bei dem zwei LehrerInnen in der Klasse sind und so viel individueller Begabungen fördern können, und bei der neuen Lehr- und Lernkultur, die etwa ein Öffnen der Schule vorsieht – hin zu Kultur, Kunst, Wirtschaft, sozialem Engagement und Sport. Statt Frontalunterricht gibt es nun eine völlig neue Lehr- und Lernkultur, die individuell auf jedes Kind eingeht, jedes Kind fördert und zu einer optimalen Lernleistung hinführt. Das ist bildungspolitisch eine Jahrhundert-Revolution. Das steht nicht in irgendwelchen Werbebrochüren. Das sagte beim Schulschlussfestakt in der NMS-Mattersburg der ehemalige steirische Landes-schulratspräsident und PropONENT des Bildungsvolksbegehrens Bernd Schilcher.

Viele Kinder haben nicht die notwendige Unterstützung, z. B. der Eltern, in der Bildung. Der OECD-Bericht „Education at a glance“ (Bildung auf einen Blick) rät zu gezielter Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Welche Anstrengungen werden hier unternommen?

BM Schmied: Hier gibt es eine breite Palette von der frühkindlichen Sprachförderung über das verpflichtende Vorschuljahr bis hin zu muttersprachlichem Unterricht und der – soeben verlängerten – Sprachförderung. Die Anstrengungen, gerade in Wien, sind wirklich gewaltig, da die Sprache und das Gelingen von Integration in der Schule der Grundstein dafür sind, dass die Vision einer Gesellschaft ohne Fremdenhass und auch ohne – gewollte oder erzwungene – Isolation der Menschen mit Migrationshintergrund näher rückt. Ich selbst habe da ja einen ganz praktischen, noch weiter gehenden Ansatz, der perfekt in meinen Plan einer Ganztägigen Gemeinsamen Schule passt: Für das Gelingen von Integration ist die Ganztagschule ein entscheidender Faktor – machen die Kinder gemeinsam Hausübung, lernen sie gemeinsam und treiben sie gemeinsam Sport oder spielen sie miteinander Theater, gelingt Integration. Das ist wie in der Gemeinsamen Schule: Die Kinder lernen voneinander, sie fördern und fordern sich gegenseitig. Die „besseren“ SchülerInnen, die eben schon ein wenig weiter sind, lernen Verantwortung zu übernehmen, die „schlechteren“ SchülerInnen profitieren von Vorbildern und erleben durch die gemeinsame Schule mehr Chancengerechtigkeit. So schaffen wir Win-Win-Situationen für alle, übrigens auch für uns Erwachsenen: Denn je mehr heutige SchülerInnen die für sie persönlich höchstmögliche Qualifikationsstufe erreichen, desto mehr LeistungsträgerInnen hat unsere Wirtschaft in Zukunft, desto sicherer ist unser Sozialstaat. ☐